

Tagesordnung 1 Punkt 21 der öffentlichen Sitzung am 01.11.2005

Vorlage Nr. 05-V-61-0041

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Güterbahnhof West" in den Ortsbezirken Rheingauviertel / Hollerborn, Biebrich und Dotzheim - Änderungsbeschluss -

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Oktober 2005

Der Magistrat wird gebeten die mögliche Umsetzung folgenden Änderungsvorschlages zu prüfen und dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit zu berichten:

Der Beschlussvorschlag wird unter Punkt 4 ergänzt:

4. *Der Magistrat wird gebeten, die Flächen des Planbereichs im Flächennutzungsplan (FNP) als Flächen auszuweisen, für welche die Landeshauptstadt Wiesbaden eine solare Stromgewinnung und Wärmeversorgung sowie verminderte CO₂-Emissionen anstrebt.*

Beschluss Nr. 0166

1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1.1. Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden soll teilweise, und zwar im Planbereich "Güterbahnhof West" geändert werden (Anlage 2 und 3 zur Vorlage). Der Planbereich umfasst die Fläche zwischen der Straße "Im Rad" im Westen und Norden, der "Königsteiner Straße" im Osten sowie der "Homburger Straße", der Gleisanlage des ehemaligen Güterbahnhofes und der Bahnstrecke im Süden.
- 1.2. Die Änderung ist erforderlich, weil im Planbereich eine von den Darstellungen im wirksamen Flächennutzungsplan teilweise abweichende städtebauliche Entwicklung vorgesehen ist.
- 1.3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Die allgemeinen Zwecke und Ziele der beabsichtigten Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Güterbahnhof West" sind mit der Öffentlichkeit in einer öffentlichen Versammlung zu erörtern. Über die Inhalte der Versammlung ist ein Protokoll anzufertigen.

2. Der Magistrat wird gebeten die mögliche Umsetzung folgenden Änderungsvorschlages zu prüfen und dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit zu berichten:

Der Beschlussvorschlag wird unter Punkt 4. ergänzt:

4. Der Magistrat wird gebeten, die Flächen des Planbereichs im Flächennutzungsplan (FNP) als Flächen auszuweisen, für welche die Landeshauptstadt Wiesbaden eine solare Stromgewinnung und Wärmeversorgung sowie verminderte CO₂-Emissionen anstrebt.

(antragsgemäß Mag 25.10.2005 BP 0920, Ziffer 2 ergänzt durch Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit BP 0166 vom 01.11.2005)

Tagesordnung III zu Ziffer 1

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

Dr. Reinhardt
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2005

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister